Zugfunke

Betriebsflugblatt der rso revolutionär sozialistische organisation bei DB Regio und S-Bahn

„Die Befreiung der Arbeiterklasse muss die Tat der Arbeiter selbst sein." – Karl Marx

7. November 2019

Chile: „Das vereinte Volk wird niemals besiegt"

Seit Wochen gehen in Chile Hunderttausende Menschen auf die Straße, der harten Repression zum Trotz, allein in Santiago gab es eine Demonstration mit mehr als 1 Million Menschen. Wie in Ecuador wenige Wochen zuvor war es ein scheinbar kleiner Anlass, der die Unzufriedenheit ausbrechen ließ. Ausgelöst durch ein Dekret über eine Erhöhung der U-Bahnpreise entwickelten sich in kurzer Zeit landesweite Proteste mit Streiks, Demonstrationen, Straßenblockaden.

Die erste Reaktion der Mitte-Rechts-Regierung (der Chef ist Milliardär und einer der reichsten Männer des Landes) war Verschärfung der Repression bis hin zum Einsatz des Militärs. Mehr als 20 Tote, Tausende von Verletzten und Verhafteten konnten die Bewegung nicht aufhalten, so dass die Regierung schließlich zurückwich und einen „nationalen Dialog" und eine „neue Sozialagenda" ankündigte.

Unruhen im neoliberalen Musterland?

Aber wieso denn soziale Unruhen ausgerechnet in Chile – der angeblichen „Schweiz Südamerikas"? Nach dem Putsch des Generals Pinochet 1973 wurde das Land zum Testlabor für all die neoliberalen Rezepte, mit denen dann ein Jahrzehnt später unter US-Präsident Reagan und der britischen Premierministerin Thatcher das Kapital weltweit in die Offensive ging. Die blutige Zerschlagung der Arbeiterbewegung durch Pinochets Todesschwadronen schuf ideale Voraussetzungen, um die neoliberalen Maßnahmen in der Praxis zu testen, die im nordamerikanischen Chicago von Wirtschaftsprofessoren entwickelt worden waren: Löhne und Arbeitsschutz wurden massiv gesenkt. Die Profite sprudelten auf Kosten der Arbeitenden, so dass viel Kapital angezogen wurde und die Wirtschaft wuchs. Bürgerliche Ökonomen faselten Anfang der 80er vom „chilenischen Wirtschaftswunder". Doch wie so oft bei den neoliberalen Erfolgsmeldungen lohnt es sich, hinter die glitzernde Fassade zu schauen. Die neoliberale Wirtschaftspolitik führte vor allem zu einer weiteren Öffnung der sozialen Schere. Eine Betrachtung der monatlichen Konsumausgaben zeigt das recht eindeutig:

Haushalte	1969	1978
20 % (Arme)	$ 164	$ 113
20 % (untere Mittelklasse)	$ 255	$ 203
20 % (Mittelklasse)	$ 337	$ 297
20 % (obere Mittelklasse)	$ 443	$ 456
20 % (Reiche)	$ 862	$ 1.112

Diese Entwicklung hat sich in den letzten 40 Jahren fortgesetzt – und eher noch verschärft. Der Ökonom Piketty spricht heute davon, dass das obere 1 % der ChilenInnen 35 % des Reichtums in seinen Händen konzentriert – Tendenz steigend.

Sämtliche Bereiche der Grundversorgung sind privatisiert, selbst die Wasserversorgung. Bildung und Gesundheit sind eine Frage des Geldes, viele ChilenInnen arbeiten in zwei oder drei Jobs, eine 45-Stunden-Woche ist nicht unüblich. Viele StudentInnen sind bei jährlichen Studiengebühren von über 7.000 Dollar hoch verschuldet. Der Mindestlohn, letztes Jahr angehoben, beträgt rund 400 Dollar. Entlastung gab es hingegen für die Reichen, 2017 wurde der Spitzensteuersatz von 40 auf 35 Prozent gesenkt.

In dieser sozialen Ungerechtigkeit liegen die Ursachen für die Schärfe und Dauer der Proteste. Ob es dem Regime gelingt, durch Zugeständnisse die Lage noch einmal unter Kontrolle zu bekommen, wird sich zeigen. Doch eines können sie den Massen nicht mehr nehmen – die Erfahrung, dass Widerstand möglich ist und erfolgreich sein kann.

Schon im Kampf gegen die Militärdiktatur 1973 wurden folgende Liedzeilen gesungen:

„Das vereinte Volk wird niemals besiegt!
Steht auf und singt! Ein neues Lied beginnt.
Ein neuer Kampf die Zukunft uns gewinnt.
Doch nur vereint besiegen wir den Feind.
Kämpf mit uns, Freund, dass morgen wir die Sieger sind!"

Von Kolleg_innen für Kolleg_innen...

Wer wird Millionär?
Die Presse hat erfahren, dass für einen Teil des Bahn-Vorstandes eine fette Gehaltserhöhung ansteht: von 400.000 auf 585.000 Euro im Jahr für „Berufsanfänger“ (damit ist noch nichts über deren variable Vergütung gesagt) - wie viel Jahre muss man dafür als Zugbegleiterin oder im Vertrieb arbeiten? Der Vorstand könnte so insgesamt 1,5 Millionen mehr bekommen, ein Plus von 33 %. Angeblich hat ein Gutachten herausgefunden, dass die Einstiegsgehälter für Bahn-Vorstände zu niedrig seien. Zu niedrig bezogen auf was? Für was? Wenn etwas zu niedrig ist, dann das, was wir bekommen – an Gehalt und an Entlastung!

Ein Berliner BVGL-er an die DB Kollegen:
Liebe Kollegen der DB Cargo!
BVG-noch-Chefin Nikutta springt vom Sprungbrett BVG nun in die große weite Welt: Spanien, Aserbaidschan, Moskau, Finnland, Shenyang, Shanghai usw. DB Cargo ich komme zu euch. Die Erwartungen aus der DB Konzernetage und Politik an sie sind hoch, aber was für welche Erwartungen sind das?
Was hat diese Frau bei der BVG zu verantworten: Der bereits eingeleitete Sanierungsweg nach dem Prinzip der besten Auslastung von Nutzwagen-kilometern wurde noch verstärkt. Kollegenmeinung: *„Gerade zu den Berufsverkehrszeiten wird die Fahrzeit zwar um wenige Minuten verlängert, dafür die Wendezeit um diese Minuten verkürzt. Dies oft auf nur noch 4 bis 5 Minuten. Man ist quasi nur noch am Fahren und hat kaum noch Luft zum Atmen!!!“* Der seinerzeitige 2014 mit der Gewerkschaft ver.di ausgehandelte Tarifvertrag über die 4-jährige „Automatisierung“ der jährlichen 2,5%igen Lohnerhöhung wurde von ihr als Meilenstein in der Geschichte gelobt: *“Die BVG hat nun über 4 Jahre Planungssicherheit!“* Die Auswirkungen wurden in den Folgejahren permanent spürbar. Keine Leute, keine Leute. Das Prinzip des „Ausblutens“ des Unternehmens und dem anschließenden Klagelied haben wir mit unserem Streik im Frühjahr 2019 etwas Handfestes entgegen gesetzt. Wir haben der BVG-Führung ordentliche Nadelstiche verpasst. Das war nötig gegen deren Arroganz. Auf unsere Forderungen hatte Nikutta geantwortet: 2.700 Euro Mindestlohn seien nicht finanzierbar… aber sie selbst kassierte 496.600 im Jahr.
Also Kollegen, kein Bla-Bla mit dieser Frau, findet einen kämpferischen Weg!

Vorwärts gegen die Wand? Bis wir sie bremsen
Die Ausschreibung des Senates zu den S-Bahn-Fahrzeugen ist ein großes Rätsel. Die Anforderungen an die Fahrzeugbeschaffung sind inzwischen auf vielen Seiten festgezurrt: viele detaillierte technischen Vorgaben (aber keine Vorgabe, dass stets örtliche Aufsichten). Alles soll besser werden mit den neuen Zügen. Aber wofür das ganze komplizierte Prozedere? Warum übernimmt dann nicht das Land Berlin gleich den ganzen Nahverkehr?
Das Land Berlin kauft für mehr als 3 Milliarden Züge, die den Betreibern übereignet werden, der die 15 Jahre runterschrammelt und dann dem Land Berlin zurück überträgt. Dazu werden für mehrere hunderte Millionen neue Werkstätten gebaut. Dann die irren Kosten für die Ausschreibungen und der ganze Aufwand, die komplizierten Vertrags-strukturen dann zu überwachen und abzurechnen. Wozu? Einmal mehr wird die Bahn so zur Geldumverteilungsmaschine.
Aber dieses ganze Geld muss von uns wieder reingeholt werden. Die Beschäftigten und die Bahner haben gute Gründe, gegen die Privati-sierung öffentlich die Stimme zu erheben.

Warum sollte uns die Ausschreibung jetzt interessieren?
Alles klingt in weiter Zukunft… aber die Geschäftsführungen kalkulieren bereits jetzt und schauen, wo sie bei unseren Entgelten und Arbeitsbedingungen schrauben können.
In der Vorabinformation zur Ausschreibung vor einem Jahr war nur die Anforderung, dass *„mindestens nach den geltenden Entgelttarifen eines in Berlin oder Brandenburg geltenden Tarifvertrages zu entlohnen“* ist. Das lässt viel Spielraum für die beteiligten Unternehmen und ihre Beratungsfirmen.

Die Bedürftigkeit der Großaktionäre
Ob die Grundrente kommt, ist nicht gewiss. Diese Armutsrente ist der Wirtschaft schon zuviel. Der Arbeitgeberverband verlangt demonstrativ weiterhin eine Bedürftigkeitsprüfung. Das heißt, da, wo bei jemandem doch noch ein bisschen was auf dem Konto liegt (mehr als 5.000 Euro) oder der Partner was hat, soll es nichts an Grundrente (oder weniger) geben. Keine Gnade, kein Cent für uns. Wenn es um die eigene „Bedürftigkeit“ geht, ist die Wirtschaft aber großherzig: Die CDU verlangt im Gegenzug für die Grundrente im Namen der Wirtschaft Milliarden für „Zukunftsmaßnahmen“. Und die „Zukunft“ das sind… die Unternehmen und ihre Aktionäre. Außerdem sollen die Unternehmenssteuern gesenkt werden, was die Gewinne erhöht. Wozu sollen auch Unternehmen Steuern zahlen, das zahlen ja… zum Beispiel die Rentner! Nämlich 35 Milliarden im Jahr, Tendenz deutlich steigend. Mickrige Rente, hohe Unternehmensgewinne… zwei Seiten derselben Medaille.

Wenn Dir das Flugblatt gefällt, gib es doch an Kolleginnen und Kollegen weiter…
flugblatt_bahn@gmx.de || www.sozialismus.click || facebook: RSO Deutschland
V.i.S.d.P.: Florian Sund, Schmarjestr. 17 14169 Berlin